

FRIEDRICH BURSCHEL

GELD GEGEN GESINNING

**BUNDESFÖRDERUNG GEGEN ALLE MÖGLICHEN «EXTREMISMEN»
GIBT ES KÜNFTIG NUR NOCH NACH EINEM IDEOLOGISCHEN KOTAU****NAMENSÄNDERUNG AUS GEGEBENEM ANLASS**

Vor allem ältere, im politischen Kampf gegen Neonazis aktive Menschen, die sich mit Begriffsdiskussionen über Faschismus, Totalitarismus, Extremismus, Radikalismus schon vielfach herumgeschlagen haben, verdrehen die Augen, wenn man für eine Bannung, zumindest aber Vermeidung des «Extremismus»-Begriffs eintritt. Die Entwicklungen seit dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Regierung haben jedoch vielen die Augen geöffnet: der über das Dauerthema «Rechtsextremismus» hegemonial gewordene Extremismus-Begriff schlägt gerade mit ziemlicher Heftigkeit gerade auf jene zurück, die sich im zurückliegenden Jahrzehnt mit ihrer Arbeit gegen Nazi-Strukturen, Neonazismus und Rassismus hervorgetan und bewährt haben. Die neue federführende Ministerin macht eine Weiterförderung dieser Projekte von der Unterschrift unter eine Gesinnungsklausel abhängig und erweitert ihre Programme mit fragwürdigen Argumenten auf andere «Extremismen». Natürlich wäre es albern zu glauben, das mit der Tilgung des Extremismus-Begriffs aus den eigenen Diskursen das Problem behoben wäre: wer's glaubt, ähnelt dem Kind, das sich die Augen zuhält und denkt, es sei unsichtbar. Aber dennoch bedeutet Sprache auch Macht und kann durch sorgsame Wahl der Worte politisch bedeutsam und behutsam verwendet werden: Nicht umsonst setzen sich viele Linke auch auf der Ebene der Sprache mit bewusster Wortwahl, bewusster Vermeidung ideologisch determinierter Begriffe und etwa mit geschlechterkritischem Unterstrich und Binnen-I gegen die herrschenden Verhältnisse ein. Wo sie es versäumen, die eigenen Diskurse auf problematische ideologische Fracht zu inspizieren, kann es passieren, dass ein Begriff wie «Extremismus» auf einmal nicht nur hegemonial, sondern geradezu zum existenziellen Problem für die eigene Politik und Arbeit werden kann.

Egal welche der ebenfalls heiß umstrittenen Alternativen man wählt, ob nun den etwa von Wolfgang Wippermann favorisierten generischen «Faschismus»-Begriff, ob «Neonazismus» mit seiner spezifisch deutschen Note, ob den etwas faulen Kompromiss «Extreme Rechte», ob «völkischer Nationalismus» (DISS) oder sonst eine Alternative: es scheint angezeigt, auch mit einem terminologischen Wechsel ein politisches Signal zu

setzen gegen den Rollback, dessen Zeug_innen wir gerade werden. Das einstige Referat «Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antifaschismus» der Akademie für Politische Bildung nennt sich seit Anfang 2010 «Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit», um einen Nazi mindestens einmal einen (Neo-)Nazi zu nennen und mit den «Strukturen» (etwa auch staatlichen Formen rassistischer Diskriminierung u. a. im Asylrecht) und «Ideologien der Ungleichwertigkeit» den Fokus über das verhältnismäßig übersichtliche Problem mehr oder minder organisierter Nazis in Deutschland zu öffnen auf eine bedrohliche Verbreitung «extrem rechter» Einstellungen in jener Mitte der Gesellschaft, die sich für das Maß der Dinge hält, die angeblich im Grundgesetz festgeschrieben stehen. Zum Hintergrund der Umbenennung und zum Stand der gerade hoch kochenden Diskussion sei der folgende Beitrag angeboten.

Friedrich Burschel

Der niedere Stammtisch treibt hohe Politik: mit Familienministerin Kristina Schröder ist das Ressentiment zu Amt und Würden gekommen, das gute Jahr schwarz-gelber Regierung war ein schlechtes. Spätestens seit sich die Ministerin im Oktober 2010 mit dem Thema «Deutschenfeindlichkeit» in die Brust warf, dürfte selbst besonnenen Beobachter_innen aufgefallen sein, wohin die Reise mit der jungen, promovierten Sozialwissenschaftlerin geht: mit dem angeblich gegen Deutsche gerichteten Rassismus bedient sich der Sproß des äußersten rechten Randes der CDU Hessen (dessen Leitfiguren Hardliner wie Alfred Dregger †, Martin Hohmann, Roland Koch und Christean Wagner waren und sind) unbekümmert aus dem politischen Repertoire deutscher Neonazis und ihrer oder ihnen nahestehender Organisationen.¹

Der Schaden, den die schreckliche Ministerin schon in einem Amtsjahr angerichtet hat, ist enorm und es ist kein Ende in

¹ Vielfach tauchte das Phantom der Schröderschen «Deutschenfeindlichkeit» in den zurückliegenden Jahren auch unter dem Namen «Inländerfeindlichkeit» auf und ist im deutschsprachigen Raum eine Domäne der «extremen Rechten»; vgl. auch Guido Speckmann: Deutschenfeindlichkeit. Karriere eines Begriffs, in: Sozialismus http://www.sozialismus.de/archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/deutschenfeindlichkeit/ (zuletzt aufgerufen am 18.1.2011).

Sicht. Sie steht vom Beginn ihrer Amtszeit an für einen massiven Rollback im Gewande der Extremismus-Doktrin und veranstaltet mit ihren einfältigen Ansichten einen ganz eigenen «Aufstand der Anständigen», der im zurückliegenden Jahrzehnt mühsam erkämpfte Standards im Kampf gegen den organisierten Neonazismus in Deutschland massiv gefährdet.

MANCHE MÖGEN'S WEICH

Das fragwürdige Extremismus-Konstrukt geht auf die Arbeit einiger sächsischer Politikwissenschaftler um den Politikprofessor und stellvertretenden Direktor des Hannah Arendt Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT), Uwe Backes, und den Professor an der TU Chemnitz, Eckhard Jesse, zurück, deren hoch umstrittenem «Hufeisenmodell» mit dem Amtsantritt der schwarz-gelben Regierung zum Durchbruch verholfen wurde. Regierungsamtlich ist das Modell einer gesunden und breiten «Mitte der Gesellschaft» auf Grundlage der «freiheitlich-demokratischen Grundordnung» (fdGO), deren Existenz und Stabilität von den extremistischen Rändern rechts wie links angegriffen und gefährdet wird. Diese drei Pole werden von den bildstarken Wissenschaftlern auf eine hufeisenförmige Linie aufgetragen, deren Enden sich – eben wie beim Pferdeschuh – fast wieder berühren. Als Lehre aus der Weimar Republik plädieren die Extremismustheoretiker_innen für eine «wehrhafte Demokratie», die sich – ausgehend von der rechtschaffenen Mitte – gegen ihre Feinde am äußersten rechten und linken Rand durchsetzen muss. Schon diese Prämisse ist historisch Unfug und ist lange widerlegt, wie Wolfgang Wippermann zusammenfasst: «Die Demokratie von Weimar sei, so wurde und so wird zum Teil immer noch behauptet, von den «totalitären» Parteien auf den linken und rechten Rändern des politischen Spektrums, sprich von Kommunisten und Faschisten, zerstört worden. Fast das Gegenteil ist richtig. Die von den Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft kaum und wenn, dann nur notgedrungen akzeptierte Demokratie von Weimar ist von oben und eben aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft und schließlich beseitigt worden.»²

Der Theorie der beiden Professores Backes und Jesse zufolge seien jedoch nur die Erscheinungen am Rande und außerhalb des «Verfassungsbogens» zu bekämpfen, die es – rechts, vor allem aber links – auf die Abschaffung des demokratisch-freiheitlichen Systems anlegten und zur Erreichung dieses Ziels auch nicht davor zurückschreckten Gewalt anzuwenden. Dabei werden Ähnlichkeiten zwischen rechten und linken Staatsfeinden derart betont, dass es einer Gleichsetzung nahe kommt und konsequent neonazistische Umtriebe und menschenfeindliches Denken zumal in der maßgeblichen Mitte verharmlost werden.³ Übertragen auf die aktuellen Verhältnisse ist diese recht simple Theorie schon rasch ad absurdum geführt: offenbar, weil sie selber Mängel und Unzulänglichkeiten ihres Konstruktes einsahen, versuchen die beiden Gelehrten seit einiger Zeit, ihre Idee zu präzisieren und realitätstauglich zu machen, indem sie kurzerhand Formen «weichen» und «harten» Extremismus' einführen. Denn: «Erschwert wird diese Klassifizierung dadurch, dass extremistische Parteien – teils aus Angst vor staatlichen Restriktionen, teils aus Pragmatismus bzw. Populismus – ihre Positionen verschleiern. Weiche Extremismusformen halten sich formal an die demokratischen Prinzipien. Harte Extremismusformen zielen dagegen (mehr oder weniger offen) auf

den «Systemwechsel», instrumentalisieren die Demokratie.»⁴ So steht es im Jahresband 2009 des von Backes und Jesse zu verantwortenden Reihe «Extremismus und Demokratie», die ganz nebenbei massiv vom Bundesinnenministerium gefördert wird.⁵

Diesen weichen Extremismus, mithin einen «Extremismus light», attestieren die sächsischen Extrem-Professoren der Partei «Die Linke»: «Dabei präsentieren Wissenschaftler, Verfassungsschützer und politische Konkurrenten Fakten genug, um Zweifel an der demokratischen Orientierung der LINKEN zu schüren.»⁶ Da kam natürlich der Artikel «Wege zum Kommunismus» der Parteivorsitzenden der Linken, Gesine Löttsch⁷, gerade recht, um ihr einen «Extremismus» zu unterstellen und dem dringenden Verdacht der System- und Staatsfeindschaft neue Nahrung sowie CSU-Simpel Alexander Dobrindt Gelegenheit zu geben, gar ein Verbot der Partei Die Linke zu fordern.⁸ Denn klar ist für die Extremistenjäger sowieso, dass das «Ziel (...) stets die «Transformation» der Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus»⁹ sei: dass aber weder das eine, noch das andere verboten oder selbst im Rahmen der fdGO nicht verfassungsfeindlich ist, stört sie dabei wenig. Auch nicht, dass die Stigmatisierung kritischer, auch sehr kritischer, ja selbst verfassungskritischer Meinungsäußerung als extremistisch, per se antifreiheitlich und undemokratisch ist. Zumal es keine Klarheit darüber gibt, was mit Demokratie gemeint, wie die Verfassung auszulegen und wie man sich zu verhalten habe, um sich zur Mitte der Gesellschaft zählen zu dürfen. Wie das Beispiel des «weichen Extremismus» zeigt, wird, was nicht passt, einfach passend gemacht, um nur ja eisern am Hufeisen festhalten zu können. Wenn es dienlich ist, darf's auch offene antikommunistische Propaganda aus den Kellern des Kalten Krieges sein: «Notorisch beschwört DIE LINKE eine «solidarische Gesellschaft», die es ihrer Auffassung nach in einer als kapitalistisch gebrandmarkten freiheitlichen Demokratie nicht geben kann. Man muss spekulieren, wenn man sich eine Gesellschaft vorzustellen versucht, wie DIE LINKE sie anstrebt. Es wird – vorsichtig formuliert – keine sein, die gut mit abweichenden Meinungen umgeht. Nur ein demokratisch verfasster Staat, nur eine offene Gesellschaft erlauben es, wie Die LINKE Mißstände anzuprangern und Reformen anzugehen. Aber das ist oft ein mühsamer Weg. Utopien von einer in ihren Interessen gleichgeschalteten Mehrheit der Unterdrückten sind schnell bei der Hand. Aber sie verhindern genau das, wofür sie sich vorgeblich einsetzen: die Freiheit des Menschen», doziert Jürgen P. Lang. Was hier als Wissenschaft daher kommt und im Kielwasser der schwarz-gelben Regierung an gesellschaft-

² Wolfgang Wippermann: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende. Standpunkte 10/2010, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf. ³ Eckhard Jesse in Die Welt vom 4.2.2002: «Die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratisch und extremistisch geschieht am linken, nicht am rechten Rand.» ⁴ Eckhard Jesse: Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Extremismus & Demokratie, 21. Jahrgang 2009, S. 17. ⁵ Das BMI kauft große Chargen der Auflagen von «Extremismus und Demokratie» auf: Deutscher Bundestag Drucksache 17/2850, 17. Wahlperiode 02.09.2010; Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Förderung der Herausgabe des «Jahrbuches Extremismus und Demokratie» durch die Bundesregierung oder sonstige Bundesbehörden. ⁶ Jürgen P. Lang: Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: ebenda, S. 161; als Beleg zitiert sich der Autor dieser Zeilen, Jürgen P. Lang, erst einmal selber und außerdem Viola Neu aus dem Jesse-schen Stall in Chemnitz und den Ex-Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Rudolf van Hüllen. ⁷ Gesine Löttsch: Wege zum Kommunismus, in: junge Welt vom 3.1.2011; <http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php?sstr=L%F6ttsch%7CKommunismus> (aufgerufen am 16.1.2011). ⁸ http://www.focus.de/politik/deutschland/kommunismus-thesen-dobrindt-schliesst-verbot-der-linkspartei-nicht-aus_aid_587469.html (aufgerufen am 16.1.2011). ⁹ Jürgen P. Lang a.a.O., S. 163.

licher Deutungsmacht gewinnt und so seine Deutungen absolut setzen kann, hält einer kritischen Überprüfung nicht stand und ist vielfach aus berufenem Munde auseinandergenommen worden.¹⁰

Dennoch, das Wechselspiel zwischen der Ministerin, den «wissenschaftlichen» Zuarbeiter_innen und den Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz entfaltet eine enorme Wirkmacht, die gegenwärtig mühevoll gewachsene Strukturen der Demokratieentwicklung, des Kampfes gegen Neonazismus, kommunaler Beratung und zur Beratung und Unterstützung von Opfern rassistischer Gewalt gefährdet und in inakzeptabler Weise politisch instrumentalisiert.

RECHTS, WO DIE MITTE IST

Um noch einmal auf die viel beschworene «Mitte der Gesellschaft» einzugehen, aus der heraus die Ideolog_innen des Extremismus agieren, lohnt ein Blick auf die Entwicklung dieser extremismus-theoretischen «sächsischen Denkschule» aus dem Umfeld des HAIT in Dresden. Dazu ist ein kleiner Sprung von zehn Jahren vonnöten, zurück zu jener Zeit, als die Protagonisten der sächsischen Extremismusforschung, eben die Professoren Jesse und Backes, aber auch etwa ihr Kollege Werner Patzelt, ihren Alleinvertretungsanspruch und Einfluss gewinnen konnten, und mit wessen Hilfe ihnen das gelingen konnte. Empfohlen sei dazu die – zum Teil bittervergnügliiche – Lektüre eines Textes des einstigen Chefs des HAIT, Klaus Dietmar Henke, eine Art Nachbetrachtung über seine eigene Abwicklung unter tatkräftiger Beteiligung der genannten Herren.¹¹ Was dort allein über den ideologischen Hintergrund von Backes und Jesse zu lesen ist, disqualifiziert diese Herren bereits für einen ernstzunehmenden Diskurs und weist sie als Anhänger einer neurechts-revisionistischen und den Neonazismus verharmlosenden Denkschule aus. So leiteten sie lange Zeit den «Veldensteiner Kreis zur Geschichte von Extremismus und Demokratie», zu dessen Gästen unter anderem, um nur die eindeutigsten zu nennen, Bernd Rabehl (zur Zeit der Auseinandersetzung 1999), Stéphane Courtois, Ernst Nolte, Hubertus Knabe, EX-VS-Mitarbeiter Rudolf van Hüllen, Ex-Verfassungsschutz-Präsident Peter Frisch gehörten. Gemeinsam mit dem notorischen Rainer Zitelmann gaben Jesse und Backes 1990 das Buch «Die Schatten der Vergangenheit. Impulse für eine Historisierung des Nationalsozialismus» heraus. Darin heißt es etwa, es falle auf, «dass häufig in der Wissenschaft und in der veröffentlichten Meinung eine Art ‚nationaler Zerknirschungsmentalität‘ dominiert». Die mutigen Streiter für die Freiheit von Wissenschaft und Meinungsäußerung kommen dann, wenn sie ihre Erkenntnisse haben, zu – nun nicht mehr sehr überraschenden – solchen: «Die besondere Ghettoisierung und Stigmatisierung von Rechtsextremisten muss als Charakteristikum der politischen Kultur der Bundesrepublik gelten». Erst kürzlich kam der, des Linksextremismus unverdächtige Welt-Autor Alan Posener darauf zurück: «Natürlich waren die Herausgeber von «Schatten der Vergangenheit» mindestens genauso «volkspädagogisch» motiviert wie die Historiker, die sie kritisierten. So stand Zitelmann der «nationalliberalen» FDP-Fraktion um Alexander von Stahl und Vertretern einer «konservativen Kulturrevolution» wie Karlheinz Weißmann nahe, während Backes und Jesse im Umfeld der Unionsparteien zu verorten sind. Vom gegenwärtigen Leiter des HAIT, Günther Heydemann, sagen ehemalige Institutsangehörige,

er verdanke den Posten vor allem seinen Beziehungen zum «Haus- und Hofhistoriker der CSU», Heinrich Oberreuther.»¹² Posener fordert denn auch nach Jahren der «Geschichtspolitik plattester Art» und nachdem jüngst ein langjähriger, im beschriebenen Sinne mehr als linientreuer Mitarbeiter – offenbar wusste das Bundesamt für Verfassungsschutz davon seit der Wende – als Stasi-IM geoutet worden ist, das unselige Hannah Arendt Institut «abzuschaffen».

Neurechte, nationalistische Denke ist hier also im Schwange, die in den Auseinandersetzungen über die ungeheuerliche Fritze-Affäre, über das NPD-Verbotsverfahren¹³, über den Umgang mit dem alternden, immer weiter nach rechts driftenden Ernst Nolte und weitere Skandale der Historisierung der deutschen NS-Geschichte und ihrer Gleichsetzung mit der DDR-Geschichte stets neu abgerufen werden konnte und kann.

Wie aber konnte es überhaupt passieren, dass diese Kohorte die unangefochtene politische Lufthoheit mit ihrem Extremismusbegriff erringen konnten? Nun, zunächst ist da die ja nicht gerade für gemäßigte Haltungen bekannte sächsische CDU, die den Kampf-Professoren den Rücken stärkte und ihr Fortkommen sicherstellte, nachdem beschlossen worden war, den Störenfried Henke zu schassen. Die sächsische CDU ist auch in der aktuellen Diskussion über die sog. Extremismus-Klausel wieder stilprägend (siehe unten).

DER ALTE FRITZE

Aber schaut man zurück auf die etwas komplizierte Fritze-Affäre, werden die Verstrickungen der Sachsen noch einmal deutlicher: Lothar Fritze hatte in einem haarsträubenden Beitrag für die Frankfurter Rundschau die Behauptung aufgestellt, der Hitler-Attentäter Georg Elser habe kein moralisches Recht und keine Beurteilungskompetenz gehabt, am 8. November 1939 die Bombe im Bürgerbräukeller in München zu legen, und habe mithin Schuld am Tod der «Unbeteiligten»¹⁴, die nach Hitlers verfrühtem Abgang bei der Detonation ums Leben gekommen waren.¹⁵ Der auf die Veröffentlichung folgende Skandal flog dem HAIT um die Ohren und nur einer setzte sich für den glücklosen «Moralisten» Fritze ein: HAIT-Vize Uwe Backes (und im Hintergrund auch Beiratsmitglied Eckard Jesse). Als Henke konsequenterweise seinen Stellvertreter Backes loswerden wollte, trat der damalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, auf den Plan. Er rief Henke «zwischen den Jahren» 1999/2000 privat an und verwendete sich leidenschaftlich für seinen Freund Uwe Backes und dafür, dass er nicht gefeuert werde. Frisch: «Herr Backes ist ein Garant für den Bestand unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist stolz darauf, mit ihm zusammenzuarbeiten.» Das Ende vom Lied: Backes blieb und Henke ging.

¹⁰ u. a. Christoph Kopke/Lars Rensmann: Die Extremismusformel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45/2000, S. 1451–1462; Markus Mohr/Hartmut Rübner: Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der «inneren Sicherheit», Münster 2010. ¹¹ Klaus-Dietmar Henke: Interesse und Erkenntnis. Ein Lehrstück konzentrierter Krisenregulierung in den Geisteswissenschaften am Beispiel des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts 1999–2002, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 3, 2003, S. 205–236. ¹² Alan Posener: Das Hannah-Arendt-Institut gehört abgeschafft, in: Die Welt vom 30.11.2010. ¹³ Heribert Prantl: Bundesverfassungsgericht macht Bock zum Gärtner, in: Süddeutsche Zeitung vom 5.2.2002. ¹⁴ Welche Folgen solcher Irrsinn haben kann, konnten Menschen bei einer Gedenkveranstaltung für Georg Elser vergangenes Jahr im April in Oranienburg erleben: Nazis demonstrierten mit Tafeln mit den Namen der «Opfer» des Attentats gegen das Gedenken: «Beleidigung: Geldstrafe nach Nazi-Spruch», in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 12.1.2011. ¹⁵ Lothar Fritze Die Bombe im Bürgerbräukeller. Der Anschlag auf Hitler vom 8. November 1939/Versuch einer moralischen Bewertung des Attentäters Johann Georg Elser, in: Frankfurter Rundschau v. 8.11.1999.

Warum die olle Kamelle in dieser Ausführlichkeit? Es geht darum zu zeigen, welche fragwürdigen Denkschulen und Handlungspartner mit dem Regierungswechsel zum Zuge gekommen sind und welchen immensen Einfluss sie in genau der Konstellation – Politik (hier: der rechte Rand der CDU) – Wissenschaft (HAIT, FH Chemnitz, FH des Bundes für öffentliche Verwaltung) – (Inlands-)Geheimdienst – auf den laufenden Diskurs gewonnen haben und wie wenig ihnen gegenwärtig entgegengesetzt werden kann.

Obwohl es an dieser Politik auch heftige Kritik gibt, etwa von Gesine Schwan und DGB-Chef Sommer, vollziehen viele (z.T. vorauseilend) einen Schwenk in Richtung Extremismus-Doktrin, einer unzulässigen Rechts-Links-Gleichsetzung und Hysterisierung des Diskurses.¹⁶ Ausgegrenzt und kriminalisiert wird hier in erster Linie linke Kritik und Organisation, insbesondere auf dem Gebiet der Bekämpfung des Neonazismus und rassistischer Einstellungen in jener Gesellschaft, für deren Mitte sich diese Akteure halten. Die Extremismus-Kampagne der Bundesregierung steht jedoch nach Meinung des jungen Wissenschaftlers Jens Zimmermann vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) auf wackligen Füßen: «Klar geworden sein dürfte», so Zimmermann, «dass es sich um eine höchst zweifelhafte Form von vorgeblicher Wissenschaft handelt, die den Gütekriterien sozialwissenschaftlicher Forschung nur schwer bis gar nicht standhält. Das autoritäre Programm, das die Extremismusforschung formuliert, passt sich ein in den neoliberalen Umbau gegenwärtiger Politik. Gegenbewegungen und soziale Proteste werden umgehend als extremistisch (...) identifiziert und so massenwirksam stigmatisiert. (...) Extremismusforschung kann daher als kulturindustrielles Wissenschaftsprogramm des Neoliberalismus gegenwärtiger Prägung verstanden werden, dass in höchstem Maße autoritären Geist atmet.»¹⁷

FDGO-ZULASSUNGSSTELLE

Zunächst waren vor allem kleine Projekte und Initiativen von dem Backlash betroffen (Antifa-Zeitschrift LOTTA NRW, Unrast-Verlag Münster, die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archiv-Stelle (a.i.d.a.) in München, das Mehrgenerationenhaus-Projekt Inwolve in Potsdam etc.), aber auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA), die Partei Die Linke und in Baden Württemberg sogar kurzzeitig die Rosa Luxemburg Stiftung. Der behördliche Verfassungsschutz, der Inlandsgeheimdienst, rekrutiert willige Wissenschaftler_innen und Journalist_innen und maßt sich einen dezidierten Bildungsauftrag an – in Niedersachsen etwa werden die VS-Bildner, die für die Behörde durch Schulen tingeln, ohne Ironie «Demokratielotsen» genannt¹⁸ – und kontrolliert den Zugang zum erlauchten Kreis der «Zivilgesellschaft». Gut zusammengefasst im Buch «Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der Inneren Sicherheit»: «In den öffentlichen Meinungsdiskurs schaltet sich der VS ein, indem er eine gesellschaftliche Steuerungsfunktion an Schaltstellen staatlich-zivilgesellschaftlicher Kampagnenpolitik übernimmt. Er entscheidet im Auftrag der Innenministerien über die Ein- und Ausschlusskriterien für zivilgesellschaftliche Projekte.» Abgesehen davon, dass es eine besorgniserregende Vorstellung ist, dass der Inlandsgeheimdienst zunehmend freie Träger aus der politischen Bildungsarbeit verdrängt und sich mit einer ganzen Reihe von öffentlichkeitswirksamen Maß-

nahmen, wie dem antiextremistischen Comic «Andi»¹⁹, in die Schulen und die politische Bildung hineinschiebt, sind auch die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes häufig mehr als mangelhaft, dilettantisch, von Inkompetenz geprägt und halten oft einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand: einige Betroffene, die sich gegen die Stigmatisierung ihrer Arbeit als «linksextremistisch» zur Wehr gesetzt haben, hatten zum Teil spektakuläre Erfolge.²⁰ So gelang es etwa der Antifa-Zeitung LOTTA dem Verfassungsschutz zu verbieten, sie als «diskursorientierten Linksextremismus» zu führen. «Handwerklich inkompetent und ideologisch in alten Feindbildern verhaftet», so beurteilte auch der Freiburger Bürgerrechtsanwalt Udo Kauß die Arbeit etwa des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, und ergänzte, es sei alarmierend «mit welcher Leichtfertigkeit Personen und Vereinigungen in das Beobachtungsfeld und schließlich in die öffentlichen Verrufserklärungen des Verfassungsschutzes gelangen können».²¹ Schlechter erging es a.i.d.a. in München: das Archiv scheiterte zunächst bei dem Versuch nach 19 Jahren verdienstvoller, preisgekrönter und viel gepriesener Recherche- und Dokumentationsarbeit die Streichung aus dem VS-Elaborat des Jahres 2009 des Bayerischen Landesamtes zu erzwingen. Im Gegenteil: das Archiv wurde aus dem Gremium der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring (BJR), das mit der Umsetzung des Bundesprogramms «kompetent für Demokratie» der großen Koalition zuständig war, geworfen. «Aida muss also weiter fast machtlos zuschauen, wie der Staat nach und nach nicht nur die Reputation der Organisation beschädigt, sondern auch ihren Bestand gefährdet», schrieb die Süddeutsche Zeitung, als dem Antifa-Archiv im Januar 2010 wegen der – übrigens erstmaligen – Nennung im VS-Bericht die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.²² Erst im September 2010 ordnete der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die sofortige Schwärzung des Verfassungsschutzberichts in Sachen a.i.d.a. an, denn, so die Urteilsbegründung, «der Bericht enthält über den Antragsteller [a.i.d.a.] ein auch nicht ansatzweise durch tatsächliche Anhaltspunkte nachvollziehbar belegtes Negativurteil»²³. Trotz des Urteils ist der Schaden für die traditionsreiche Archivstelle enorm, denn unterdessen war sie auch schon im VS-Bericht für 2010 aufgetaucht. Trotz der haarsträubenden handwerklichen Patzer des Verfassungsschutzes muss a.i.d.a. mit dem Stigma der Verfassungsfeindlichkeit klarkommen, der so in die Welt gesetzt wurde. Von einer Entschuldigung des allzu dienstefrigen BJR oder einer Einladung von a.i.d.a. zurück in das wohl alimentierte bayerische Netzwerk der Landeskoordinierungsstelle ist bislang nichts bekannt geworden.

¹⁶ Die Amadeu Antonio Stiftung etwa hat in dieser Diskussion rekordverdächtige Chamäleon-Sprünge hingelegt. ¹⁷ Vortragsmanuskript, Gesprächskreis Rechts der Rosa Luxemburg Stiftung am 19. März 2010 in Duisburg. ¹⁸ Bildzeitung Hannover vom 17.1.2011. ¹⁹ Friedrich Burschel: Kampföküen Köhler und Musterdemokrat Andi, in: analyse & kritik 545, 18.12.2009: http://www.akweb.de/ak_s/ak545/17.htm (zuletzt aufgerufen am 16.1.2011). ²⁰ Auch der Autor dieser Zeilen war als Freier Journalist vom Agieren des Verfassungsschutzes betroffen und hat sich in zwei Gerichtsverfahren erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt: <http://anwalthoffmann.de/index.php?img=60&pro=46> (zuletzt aufgerufen am 16.1.2011); vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/digital/artikel/?ressort=in&dig=2010%2F12%2F22%2Fa0057&chHash=d402bf4d37> (zuletzt aufgerufen am 16.1.2011). ²¹ Zit. nach Friedrich Burschel: Nicht ohne meinen Demokratielotsen, in: Mohr/Rübner, a.a.O., S. 7–12. ²² Fred König: Das Netzwerk der geköpften Frösche, Hinterland-Magazin Nr. 11, S. 53–56. ²³ Vgl. a.i.d.a.-Internetpräsenz: http://www.aida-archiv.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2024:aida-gewinnt-rechtsstreit-gegen-das-bayerische-innenministerium&catid=53:pressemittelungen&Itemid=1154 (zuletzt aufgerufen am 16.1.2011).

Im Zusammenspiel zwischen den Verfassungsschutzämtern, die auch raus aus der reinen Geheimdiensttätigkeit offensiv in die Öffentlichkeit, in die politische Bildung und die Wissenschaft drängen, der Regierung, insbesondere den Teilen, die für die «zivilgesellschaftlichen» Bundesprogramme zuständig sind, sowie Wissenschaft, Politik und Medien, entsteht eine zunehmend repressive Stimmung im Lande, in der sich unabhängige Träger der politischen Bildung und Initiativen gegen Rechts einem wachsenden Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sehen, der alles andere als einen offenen Diskurs ermöglicht. Für viele Initiativen und seit dem «Aufstand der Anständigen» der rot-grünen Bundesregierung gewachsene Projekte der Opferberatung, kommunalen Beratung und Demokratieförderung bedeutet der Druck der neuen Regierung existentielle Probleme, falls sie nicht den neuen Richtlinien aus dem Familien- oder Landesministerien kritiklos willfahren und sich der Weisung und Kontrolle des Verfassungsschutzes unterwerfen.

POLITISCHER TRÜMMERBRUCH

Viele aktive Antifaschist_innen und Akteure zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen Nazis und unmenschliche Ideologien hatten sich Anfang des zurückliegenden Jahrzehnts in das zunächst rot-grüne Staatsprogramm gegen «Rechtsextremismus» begeben, um mit antifaschistischer Expertise dem lauen Bundesprogramm Civitas auf die Sprünge zu helfen. Doch es ist dann doch etwas anders gelaufen: von Anfang an waren diese Akteur_innen in dem eng getakteten Fahrplan von Zwischen- und Jahresberichten, von Antragsfristen und arbeitsintensiver Antragsstellung gezwungen auf die «Antragslyrik» einzugehen, die das Bundesprogramm verlangte. Wesentliche Vokabel bei diesem Procedere war das Wort «Rechtsextremismus». Deshalb liegt die These nah, dass genau diese Akteur_innen als Teil der Bundesprogramme dem Begriff Rechtsextremismus mit zu der Wirkmacht verholfen haben, die er heute hat, und der ihnen mit der unsäglichen Extremismus-Doktrin gerade auf die Füße fällt und einen politischen Trümmerbruch verursacht.

Mehr noch: im Rahmen der Arbeit als Berater_innen von Kommunen, Gemeinwesen, Bürgerbündnissen und Verwaltungen, und selbst in der Opferberatung, waren sie nur zu oft bereit, um des schönen Scheines Willen und – ja! – auch weil viele damit ihr tägliches Brot verdien(t)en, Koalitionen und Kompromisse einzugehen, die sie in der Zeit davor mit guten Gründen abgelehnt und weit von uns gewiesen hätten. Im Laufe dieser Entwicklung hat sich der Rechtsextremismus-Begriff mit seinen ideologischen Konnotationen durchgesetzt. Viele der Institutionen, die im Rahmen der Bundesprogramme entstanden sind, haben sich trotz der ideologischen Mutationen auf dem Weg von der rot-grünen über die rot-schwarze bis hin zur schwarz-gelben Regierung und den damit verbundenen Anpassungen an immer fragwürdiger werdende Vorgaben und parteipolitische Rücksichtnahmen auf Landes- oder Bundesebene dennoch eine hohe Respektabilität erarbeitet, so dass sie heute gehört werden und vernehmbar sind.

Welchen Preis sie in politischer Hinsicht dafür bezahlt haben, wird in diesen Tagen sichtbar, wo sie mehr oder weniger hilflos auf die neuen Zumutungen des Familienministeriums reagieren müssen. Unter der Federführung der Ministerin Schröder wurde schnell klar, woher der Wind wehen wür-

de: schon rasch öffnete die Ministerin den Fokus der zivilgesellschaftlichen Förderung vom «Rechtsextremismus» hin zum «Extremismus» allgemein: auf einmal setzte sich der Eindruck einer Wagenburg durch, in welcher die um ihr Überleben kämpfenden Ritter der fdGO sich dem Ansturm von islamistischen Terroristen, marodierenden Linksextremisten und – das schon auch – Rechtsextremen zu erwehren haben. Eine beispiellose Kampagne gegen die Feinde von links und rechts erreichte es, die öffentliche Wahrnehmung von Bedrohungsszenarien tatsächlich zu verändern und die Bedrohung von links an die Wand zu malen: Innensenator Körting phantasierte mit Blick auf Autonome von «rot lackierten Faschisten» und auch Journalisten_innen, wie etwa der für seine Berichterstattung über Nazi-Umtriebe in Deutschland mehrfach ausgezeichnete Tagesspiegel-Journalist Frank Jansen, schwenkten auf die neue Linie ein: im Vorfeld der Dresdener Proteste 2010 raunte er von einer «Invasion der Extremisten»²⁴ und lieferte dem Verfassungsschutz auch einen Beitrag für eine platte Selbstdarstellungsbroschüre, die für die neue Öffentlichkeitsarbeit der Behörde wirbt.²⁵

Dem Verfassungsschutz kommt im Rahmen der neuen Regierungspolitik auf diesem Sektor eine enorme Rolle zu, die jeden freiheitlich denkenden Menschen in tiefe Sorge stürzen sollte. Hatte die Ministerin im Laufe des vergangenen Jahres angekündigt, alle Mitarbeiter_innen der aus Bundesmitteln geförderten Projekte und Initiativen zu überprüfen, haben sich diese z.T. heftig umstrittenen Anläufe inzwischen zu einer umfassenden Überwachung aller «unabhängigen Aktivitäten» gegen Neonazis ausgewachsen. Der Öffentlichkeit bekannt geworden sind diese Vorgänge durch die Weigerung eines unabhängigen Trägers im sächsischen Pirna eine so genannte Extremismus-Klausel zu unterzeichnen.²⁶ Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna (AKuBiZ e. V.) zog öffentlichkeitswirksam seine Unterschrift unter folgender Extremismus-Klausel zurück:

«Hiermit bestätigen wir, dass wir
– uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und
– eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Als Nominierte bzw. Preisträger des Sächsischen Förderpreises für Demokratie haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Vereinen/Trägern sowie Behörden, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen geleistet wird.»²⁷

²⁴ Tagesspiegel vom 8. 1. 2010. ²⁵ Thomas Grumke, Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen 2010, S. 60–65. ²⁶ Genauer: Das Projekt zog eine zunächst geleistete Unterschrift unter die umstrittene Erklärung schließlich zurück; ausführliche Hintergrund-Infos und Dokumente: [http://ablehnung.blogspot.de/http://ablehnung.blogspot.de/](http://ablehnung.blogspot.de/http://ablehnung.blogspot.de/http://ablehnung.blogspot.de/) (zuletzt angeklickt am 16. 1. 2011). ²⁷ In der nun amtlichen Version der «Demokratie-Erklärung» fehlt nur der Hinweis auf den Demokratiepreis und die Erläuterung in Klammern.

PIRNAER PAUKENSCHLAG

Seit diesem medialen Paukenschlag der Pirnaer am 9. November 2010 ist nun die Diskussion über diese neue Zumutung der federführenden Bundes- und Landesministerien nicht verstummt: Seine Partnerorganisationen und Referent_innen aushorchen und überprüfen zu sollen, erinnert viele Kritiker_innen ausgerechnet an die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, gegen welche sich das nun ja freiheitliche Deutschland doch wenden sollte – gerade nach Meinung derjenigen, die die Stasi-Klausel einführen. Ein von den ebenfalls betroffenen Organisationen Verein für Demokratische Kultur Berlin e. V., Kulturbüro Sachsen e. V., der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. und Opferperspektive Brandenburg in Auftrag gegebenes Gutachten²⁸ kommt zu dem Ergebnis, dass die den Geförderten abverlangte Verpflichtungserklärung nicht verfassungskonform sei. Insbesondere das Ansinnen der Mittel gebenden Institutionen, die Zuwendungsempfänger zu Überprüfungsmaßnahmen zu nötigen und zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu verpflichten, wird ausdrücklich mangels qualifizierter Definition von Sanktionen und Begriffen wie «Partner», «extremistische Struktur», «den Anschein erwecken» als unverhältnismäßig klassifiziert.

Die zuständigen Ministerien u. a. in Sachsen und das Bundesministerium ficht das Gutachten nicht an: wer nicht bereit war oder bereit ist, die Extremismus-Klausel – im Amtsjargon beschönigend «Erklärung für Demokratie» zu unterzeichnen, geht leer aus und hat um seinen Fortbestand zu fürchten. Unterdessen gibt es auch eine Art Durchführungsbestimmung des mit der Ausreichung der Fördermittel beauftragten Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ).²⁹

Und während die bewährten Projekte gegen Rechts mit sich ringen und versuchen mit den neuen herrischen Anforderungen klar zu kommen, laufen andererseits die von Kristina Schröder forcierten Programme gegen Linksextremismus und Islamismus an und tatsächlich haben sich einige Institutionen gefunden, die aus dem Linksextremismus-Hype Kapital schlagen.³⁰ Diese Institutionen werden sicher auch kein Problem damit haben, die Extremismus-Klausel zu unterzeichnen und vertrauensvoll mit dem Geheimdienst zusammen zu arbeiten.

Getroffen werden sollen nach Meinung von Beobachter_innen vor allem Antifa-Gruppen, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) und vielerorts sicher auch DIE LINKE³¹: wer weiß, welche Bedeutung gut organisierten und profunde Recherche treibenden Antifa-Gruppen gerade in ländlichen Gegenden zukommt, mag den Schaden ahnen, den die aktuelle Politik der Bundes- und vieler Landesregierungen haben wird.³² Selbst Antifa-Kritiker_innen wissen, dass in vielen Landstrichen, die schon heute als «No go Area» gelten, ohne Antifa, VVN und Linke – meist im Rahmen entsprechender Bürger_innenbündnisse – gar nichts geht. Die Devise heißt künftig gegenüber den Genannten: Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage³³ oder fragen Sie Ihr Bundesministerium oder den Verfassungsschutz³⁴. Welche datenschutzrechtlichen und politischen Folgen es jedoch haben wird, wenn sich abhängige Projektträger mit Anfragen zu Einzelpersonen oder Gruppen, mit denen Sie kooperieren oder kooperieren wollen, an die zuständigen Behörden wenden, wo dann sehr diffizil ermittelt werden soll, wer beim VVN-BdA

pfui ist oder welcher gestatteten oder verpönten Strömung er oder sie bei der Partei DIE LINKE angehört³⁵, ist in seiner Tragweite bisher noch nicht absehbar: bei der politischen Ausrichtung der zuständigen Ministerien und des aggressiv Terrain gut machenden Verfassungsschutzes steht einiges zu erwarten. Mit demokratischer Kultur dürfte das jedoch kaum etwas zu tun haben.

EIN ALPTRAUM

Hart erkämpfte Standards gegen Nazis werden so massiv und unverantwortlich gefährdet. Nicht etwa eine Mitte der Gesellschaft kommt nun in den Fokus demokratiefördernder Maßnahmen, obwohl ihr namhafte wissenschaftliche Studien immer wieder und alljährlich gravierende Defizite in humaner Orientierung und demokratischer Kultur bescheinigen³⁶ und in deren zunehmend geschlossenen Reihen sich rassistische Machwerke wie Thilo Sarrazins «Deutschland schafft sich ab» in Millionenaufgabe verkaufen. Im Gegenteil: diese Mitte wird selbst zum Maßstab und bestimmt das zulässige Maß an erlaubter Kritik. Ein Alptraum.

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Als solcher ist er auch Autor und Herausgeber einiger Publikationen zum Thema.

²⁸ Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis: Zur Zulässigkeit der Extremismusklausel im Bundesprogramm «Toleranz fördern – Kompetenz stärken», Berlin 29.11.2010. ²⁹ Hinweise zur Erklärung für Demokratie in den Programmen «TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN» und «INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN» vom 12.1.2011. ³⁰ Darunter auch die Junge Union, die Konrad Adenauer Stiftung, aber auch das Archiv der Jugendkulturen und das Violence Prevention Network, vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Ulrich Maurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/4127 – vom 20.12.2010, und Velten Schäfer: Umstrittene Polit-Knete, in ND vom 15.1.2011; <http://www.neues-deutschland.de/artikel/188614.umstrittene-polit-knete.html> (zuletzt aufgerufen am 16.1.2011). ³¹ Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage (...) der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/4269 – vom 16.12.2010: Antixtremismuserklärung des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken, vgl. auch: Frank Jansen: Geld für Initiativen nur mit Gesinnungs-Tüv, in: Tagesspiegel vom 5.12.2010. ³² Eine ausgezeichnete Stellungnahme einiger namhafter betroffener Verbände und Organisationen und Aufruf zu einem Aktionstag am 1.2.2011: «Extreme Zeiten: Sechs gute Gründe gegen die «Extremismuserklärung» zu protestieren» unter <http://www.mbr-berlin.de/Aktuelles/877.html> (aufgerufen am 26.1.2011). ³³ Fußnote 24. ³⁴ Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage (...) der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/4269 – vom 16.12.2010: Antixtremismuserklärung des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken. ³⁵ Das kann heiter werden: Eine Zusammenarbeit mit der «Kommunistischen Plattform» (KPF) und der «Sozialistischen Linken» (SL) etwa ist ausgeschlossen; zur VVN-BdA heißt es: «Bei der VVN-BdA handelt es sich um eine heterogene Vereinigung, bei der insbesondere zu einigen Personen der Führungsebene in unterschiedlichem Ausmaß Erkenntnisse für linksextremistische Bestrebungen vorliegen. Daher kommt es auch bei der Bewertung der Aktivitäten der VVN-BdA und den Formen der Zusammenarbeit von Zuwendungsempfängern mit der VVN-BdA auf die Umstände des Einzelfalls an», vgl. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage (...) der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/4269 – vom 16.12.2010: Antixtremismuserklärung des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken. ³⁶ Die wichtigsten: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9, erschienen am 6.12.2010; Oliver Decker u. a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de